

Linke Liste Ratsfraktion, Friedensplatz 8, 46045 Oberhausen

An die Presse  
Mit der Bitte um Veröffentlichung

Friedensplatz 8  
46045 Oberhausen  
Tel.: 0208 884220  
Fax: 0208 884220-17

[www.linkeliste-ob.de](http://www.linkeliste-ob.de)  
[info@linkeliste-ob.de](mailto:info@linkeliste-ob.de)

[www.facebook.com/linke.liste.oberhausen.3](https://www.facebook.com/linke.liste.oberhausen.3)  
[www.twitter.com/linkeliste\\_ob](https://www.twitter.com/linkeliste_ob)

IBAN: DE16 3655 0000 0050 0014 29  
BIC: WELADED1OBH  
Stadtparkasse Oberhausen

Oberhausen, den 14.07.2017

## **DIE LINKE.LISTE Oberhausen warnt vor Schulschließungen und fordert mehr Lehrkräfte**

Den Schulen in NRW droht längerfristig eine Überbelegung. Laut einer aktuellen Studie der Bertelsmann-Stiftung werden im Jahre 2025 über eine Million Kinder und Jugendliche mehr eine Schule in Deutschland besuchen, als von der Kultusministerkonferenz bisher prognostiziert wurde. Um diese zu beschulen, würden laut der Studie bundesweit 30.000 Klassen und 43.000 Lehrerinnen und Lehrer fehlen. Der Grund hierfür ist eine steigende Geburtenrate und der anwachsende Zuzug von Menschen. Dem gegenüber steht zum Beispiel die Schließung von rund 630 Grundschulen in den vergangenen 12 Jahren in NRW.

„Hier ist ganz offensichtlich mit veralteten Zahlen gearbeitet worden, um zu dieser Fehleinschätzung zu gelangen. Die Politik muss dieser Tendenz jetzt entgegenwirken. Deswegen spricht sich unsere Fraktion stets für mehr Lehrpersonal und gegen Schulschließungen aus. Dort wo Schulen temporär geschlossen werden müssen, sollten die Gebäude für möglichen erneuten Bedarf in städtischer Hand bleiben, statt sie abzureißen und das Grundstück an Investoren zu verkaufen.“, so Stefanie Wehling, Mitglied im Schulausschuss für DIE LINKE.LISTE Oberhausen.

„Grundsätzlich funktioniert gute Bildung nur gemeinsam mit Bund und Ländern. Deswegen lehnt DIE LINKE. das Kooperationsverbot in der Bildungspolitik ab. Viele Bundesländer müssen nun aufgrund der steigenden Schülerzahlen komplett umdenken, eben auch aufgrund des starken Mangels an Lehrpersonal. Das Verbot, Bildung als eine gesamtstaatliche Aufgabe zu betrachten, bedeutet eine überaus hohe Belastung für Länder und Kommunen.“ So Wehling weiter.